

Dialog statt Diktat

Bund und Sozialpartner gemeinsam gegen Lohndiskriminierung

fon. Bern, 2. März

Der Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ist zwar seit langem auf Verfassungs- und Gesetzesebene verankert. In der Realität wird diesem Gebot aber nicht überall entsprochen: Wie eine Evaluation des Gleichstellungsgesetzes vor drei Jahren gezeigt hat, verdienen Frauen in zahlreichen Unternehmen noch immer weniger als ihre männlichen Kollegen, wobei ein Grossteil des Lohnunterschieds nicht mit objektiven Faktoren (wie Ausbildung, Erfahrung oder Tätigkeitsbereich) erklärt werden kann. Viele Frauen wollen es dabei offenbar nicht auf sich nehmen, ihren Anspruch auf dem Rechtsweg durchzusetzen.

Freiwillige Teilnahme

Nun soll ein neuer Anlauf genommen werden, um die Situation zu verbessern. Das Instrument dazu heisst «Lohngleichheitsdialog» und setzt, wie der Name schon sagt, auf Zusammenarbeit und nicht auf staatlichen Zwang. Es wird vom Bund und von den Sozialpartnern - dem Arbeitgeberverband und dem Gewerbeverband sowie dem Gewerkschaftsbund und Travail Suisse - gemeinsam getragen. Konkret geht es darum, dass ein Unternehmen sich mit der Teilnahme am «Lohngleichheitsdialog» verpflichtet, sein Salärssystem freiwillig auf allfällige Lohndiskriminierungen zu überprüfen. Dies soll auf der Grundlage eines vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann entwickelten Programms (Logib) geschehen; für kleinere Unternehmen, für die sich das Logib nicht eignet, stehen Merkblätter zur Verfügung. Von den Verbänden wird erwartet, dass sie ihre Mitglieder dazu ermuntern, sich dem Projekt anzuschliessen.

Es handle sich um ein pragmatisches Vorgehen, das ganz im Sinne der Landesregierung sei, sagte Bundesrat Pascal Couchepin am Montag bei der Präsentation des Projekts. Thomas Daum, Direktor des Arbeitgeberverbands, und Hans-Ulrich Bigler, Gewerbeverbandsdirektor, betonten, dass es sich um ein freiwilliges Engagement jeder einzelnen Firma handle und man damit einem staatlichen Kontrollmechanismus und Lohngleichheits-Inspektoren zuvorkommen wolle. Paul Rechsteiner, Präsident des Gewerkschaftsbundes, wies darauf hin, dass man nicht bei null beginne. Verschiedene grosse Unternehmen hätten die Lohnüberprüfungen auf gewerkschaftliche Forderung hin bereits aufgegleist.

400 000 Franken vom Bund

Das Projekt soll vorerst während fünf Jahren geführt werden. Dabei wird es von verschiedenen Bundesämtern mit Fachwissen sowie finanziell unterstützt. Laut Patricia Schulz, Direktorin des

Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann, beläuft sich die Hilfe des Bundes auf 400 000 Franken. Weitere 100 000 Franken steuern die Sozialpartner bei. Ob mit dem «Lohngleichheitsdialog» allerdings tatsächlich neuer Schwung entsteht, muss sich erst noch weisen. Denn Unternehmen, die sich bis anhin nicht gross um die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern gekümmert haben, dürften kaum dazu zu bewegen sein, dem Thema in wirtschaftlich schwierigen Zeiten grössere Aufmerksamkeit zu schenken.